

Arbeiter-Zeitung

Ersteinstädte
Wöchentlich 42 Pf.
Monatlich 2,15
Jahreshefte 24
Sammlungsanträge
in der Redaktion
oder in den Filialen
am Tage vorher bis 18 Uhr.

Rufen
zur Kundgebung
vom 2.-9. Oktober

für Schlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzthor Straße 50. Fernsprecher 439 02. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Kreuzthor Straße 50 (Nordhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Geschäftsabteilung:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzthor Straße 50. Fernsprecher 439 02.

40 Görlitzer Nazi-Proleten zerreißen ihre Mitgliedsbücher / Siehe im Innern des Blattes

Wachsende Streitwelle im ganzen Reich

Neue siegreiche Streiks in Berlin, Gotha, Merseburg gegen Lohnraub Entsacht Einheitsfrontaktion, d. h. Streit, in allen Betrieben!

Langenbielau, 22. September. Die Belegschaft von Meyer Kauffmann hat den Beschluß auf Streik reiflos durchgeführt. Es herrscht eine glänzende Kampfstimmung. Die gestern vom Deutschen Textilarbeiterverband im Lokal Dinter stattgefundene öffentliche Textilarbeiterversammlung war überfüllt. Der Saal konnte die vielen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht fassen. Auch hier eine gute Kampfstimmung.

Die Belegschaft des Betriebes von Dierig sowie alle übrigen schlesischen Textilbetriebe müssen sofort Streikbeschlüsse fassen und diese in die Tat umsetzen. Wir weisen auf den untenstehenden Aufruf des Bezirkskomitees der KPD. hin, wo allen Betriebsarbeitern der Weg des Kampfes aufgezeigt wird.

Neue Streiks in Berlin

Berlin, 22. September. (Fig. Drahtler.) Gestern nachmittag sind die graphischen Hilfsarbeiter in der Druckerei Gläner in Streik getreten, weil die Firma auf Grund des Schiedsspruches die Löhne abbauen will. In einer Versammlung der übrigen Belegschaft wurde den Streikenden vollste Solidarität zugesichert.

Im Metallbetrieb Kallmann in Weißensee beschloß die Belegschaft einstimmig, sofort in den Streik zu treten, weil der Unternehmer auf Grund der Notverordnung die Löhne um 20 Prozent senken wollte. Es wurde sofort eine einheitliche Streikleitung aus Mitgliedern des DMB, des GMB und Unorganisierten gebildet. Außerdem wurde zu dieser Streikleitung ein Vertreter des Erwerbslosen-Ausschusses hinzugezogen.

Auch im Betrieb Messingwerk Oberhönow hat die Direktion einen 20prozentigen Lohnabbau angekündigt. Die Belegschaft stimmte daraufhin mit 268 gegen 70 Stimmen für den Streik. Auf Grund der Abstimmung finden heute noch einmal Versammlungen statt. Wenn die Direktion den Lohnabbau nicht zurücknimmt, beginnt morgen früh der Streik.

Lohnabbau durch Streik abgewehrt

In Berlin erzielte die streikende Belegschaft der Riles Werke, daß die Direktion sich bereit erklärte, das Lohnabbauverbot zurückzuziehen. In den Betrieben Wolf, Netter u. Jakobi in Berlin-Adlershof, und in der Schallplattenfabrik Kristallate wich die Direktion ebenfalls nach kurzem Kampf zurück.

In der Gothaer Waggonfabrik sollte nach Ankündigung der Direktion am 15. September ein Lohnabbau durchgeführt werden. Als der rote Betriebsrat von der Direktion diese Mitteilung erhielt, erklärte er sofort, daß er nach dem Beschluß der Gothaer Einheitsfront-Betriebsräteversammlung die Belegschaft zu einer Betriebsversammlung zusammenrufen werde, um die Durchführung des Streiks zu beschließen. Die Betriebsleitung erbat darauf eine kurze Bedenkzeit und teilte dann mit, daß sie von dem angekündigten Lohnabbau Abstand nimmt.

Die Direktion der Papierfabrik Königsmühle in Merseburg hatte am Schwarzen Brett einen 5prozentigen Lohnabbau angekündigt. Die Belegschaft wurde sofort durch die KPD mobilisiert. Es fand eine Streikabstimmung statt, in der

der einstimmige Wille zum Kampf erklärt wurde. Daraufhin nahm die Direktion den Lohnabbauverbot zurück.

In Kitz an der Nahe wollte der Bürgermeister die Löhne für die Pflichtarbeiter um 15 Prozent abbauen. Die Pflichtarbeiter traten darauf in den Streik, die Notstandsarbeiter schlossen sich ihnen an. Gemeinsam demonstrierten sie vor dem Rathaus. Unter dem Druck der Massen mußte der Vertreter des Bürgermeisters die Forderung der Streikenden auf Einstellung der Pflichtarbeit zurückgeben.

In Ober-Kamstadt (Hessen) traten die Pflichtarbeiter in den Streik, weil die Verwaltung die geforderte Zulage von 2 Mark ablehnte. Nach zehntägigem Streik mußte die Gemeindeverwaltung eine Zulage von 1 Mark bewilligen. Der Kampf geht weiter.

Kampf-Appell an alle Betriebsarbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaftler!

Die Unternehmerröscherei auf Grund der Notverordnung der Papen-Regierung hat eingeleitet. Der Belegschaft Schwerin-Söhne, Breslau, ist der Lohn von 17,9 auf 35,3 Pfennig herabgesetzt worden. Der Belegschaft der Firma Meyer Kauffmann, Wüstegiersdorf, soll der Lohn um 4 Prozent, der Belegschaft der Firma Meyer Kauffmann, Langenbielau, um 10 Prozent von der 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde gekürzt werden.

Schon vor wenigen Wochen haben die Unternehmer Entlassungen vorgenommen, um jetzt Neueinstellungen für gekürzten Lohn zu tätigen und so sich den Genuß der 400-Mark-Prämie zu sichern.

Der Anschlag der Textilunternehmer wird in kurzer Zeit auf die ganze schlesische Textilarbeiterschaft und darüber hinaus von der gesamten Kapitalistenklasse gegen das gesamte Proletariat geführt werden.

Einstimmig und geschlossen hat die Belegschaft der Firma Meyer Kauffmann das Lohnverbot am Montag mit der passiven Resistenz beantwortet und jetzt zur Waffe des Streiks gegriffen. Selbst der Versuch der Gewerkschaftsbürokratie des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die Belegschaft vom Kampf zurückzuhalten, ist mißglückt.

Die Haltung der Bürokratie des Textilarbeiterverbandes in Langenbielau ist die Haltung der gesamten Gewerkschaftsbürokratie. Keinen Kampf gegen die Papen-Notverordnung, gegen den Lohnabbau! Unter der Devise: „Betrieblischer Einzelkampf sei erfolglos; die Erwerbslosen warten zu Millionen vor den Toren auf Arbeit; sie werden den Betriebsarbeitern in den Rücken fallen“ versuchen sie, die Belegschaften vom Kampf abzuhalten.

Zwar gibt die Notverordnung den Unternehmern die Möglichkeit, den Lohnabbau erst in dem einen und dann in den anderen Betrieben durchzuführen. Bedeutet das, daß wir nicht kämpfen können?! Weicht die Arbeiterschaft den Kämpfen aus, wird die Papen-Notverordnung durchgeführt, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, insbesondere der schlesischen Kollegen, auf die Stufe eines Nulls herabgedrückt.

**700 Millionen Prämienangebot an die Unternehmer!
3 Milliarden Lohnabbau an den Betriebsarbeitern!
Zerschlagung der Sozialversicherung! Beseitigung des Tarifrechts!**

Ungeheures Massenelend!

sind die Auswirkungen der Papen-Notverordnung!

Betriebskollegen! Gewerkschaftler! Betriebsräte! Vor die Front!

Mobilisiert jeden Betrieb! In jeder Belegschaft eine Verhandlungs-Lohnkommission oder einen Kampfausschuß als Einheitsfrontorgan zur selbständigen Führung des Kampfes. In jedem Betrieb eine Betriebskassette des Roten Massenfortschritts, zur Sicherung der betrieblichen Aktionen und zum Schutz gegen den Kapitalterror. Herstellung der Verbindung mit den Erwerbslosen zum gemeinsamen Kampf!

Heraus zum Kampf!

Zum einheitlichen Kampf gegen Hunger, Lohnabbau und Kapitalbittatur. Kein Pfennig Lohnabbau ist möglich, wenn wir in geschlossener Front dagegen den Kampf führen. Nach wie vor stehen wir als revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu dem Angebot der KPD:

„Mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die gewillt ist, ernsthaft den Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen Entlassungen, gegen Zerschlagung des Tarifrechts, gegen Kapitalbittatur, für 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, bei Zahlung der bisherigen Tariflöhne, den gemeinsamen Kampf aufzunehmen.“

Heraus zum Kampf! Schärft die Waffe des Streiks! Es lebe der einheitliche Kampf aller Arbeiter.

Bezirkskomitee der KPD, Schlesien

Breslauer Jungarbeiter im Streik

Demonstration vor dem Arbeitsamt — Die Teilnehmer aller Zwangskurse müssen sich mit ihren streikenden Kollegen solidarisch erklären — Wählt überall Delegierte zur Jugend-Delegierten-Konferenz am 30. September!

Breslau, 22. September. Gestern vormittag sind die im Kurzus Gräbischer Straße beschäftigten Jungarbeiter in den Streik getreten. Für ihre Unterstützung müssen die Jungerwerbslosen dort Segeleszüge bauen. Sie erhalten für diese Arbeiten keine Entschädigung. Schon vor Tagen wurden in einer Versammlung folgende Forderungen aufgestellt und Vertrauensleute gewählt:

1. Sofortige Auszahlung der Unterstützung an die gemagregelten Kollegen.
 2. Lieferung von Arbeitskleidung und warmen Essen.
 3. Schaffung hygienischer Einrichtungen; Seife und Handtuch für jeden Kurzusteilnehmer und einen Verbandkasten.
 4. Rückfahrkarten für die Straßenbahn für alle Kollegen.
 5. Tarifliche Bezahlung aller Arbeiten, die geleistet werden.
- Diese Forderungen wurden dem Arbeitsamt überreicht; daraufhin wurden vom Arbeitsamt Handtuch, Seife sowie ein Verbandkasten geliefert.

Da aber nur ein Handtuch und ein Stück Seife geliefert, alle anderen Forderungen nicht erfüllt wurden, traten die Jugendlichen in den Streik.

Geschlossen zogen die Jungarbeiter zum Arbeitsamt, um gemeinsam für ihre Forderungen zu demonstrieren. Am Arbeitsamt wurde sofort ein Plakat für den Streik ausgehängen, das lebhaft Diskussion und Zustimmung zum Streik bei den Erwerbslosen auslöste. Die Forderungen wurden erweitert auf sofortige Entfernung der beiden Kurzuslehrer Bratke und Kalle. Da das Arbeitsamt die Forderungen abgelehnt hatte, wurde die Verbreiterung des Kampfes beschlossen. Die Jungarbeiter werden nicht eher ihre Arbeit aufnehmen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. In allen anderen Kurzus müssen sich die Jungarbeiter mit ihren streikenden Kollegen solidarisch erklären. Organisiert sofort eine Versammlung! Wählt Vertrauensleute! Beschließt den Kampf!

In roter Einheitsfront kämpfen die Jungerwerbslosen gegen Zwangskurse, Arbeitsdienstpflicht und staatliche „Sportbewegung“. In den Jugendwochen der Antifaschistischen Aktion müssen überall die Jungarbeiter die Kampffront schließen.

In allen Zwangskursen, Betrieben und Berufsschulen müssen die Jungarbeiter Breslaus Delegierte für die am 30. September stattfindende Jugenddelegiertenkonferenz wählen.

Auflösung des Preußen-Landtages abgelehnt

SPD., Nazis und Zentrum Arm in Arm gegen Auflösung — Schmählische Kapitulation der Nazis vor Papen-Bracht

Berlin, 22. September. In der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtages zeigte sich das schmählische Zusammenbild von Sozialdemokraten, Nazis und Zentrum, die sich durch ihre Ablehnung des kommunizistischen Antrages auf Auflösung des Preussischen Landtages vor aller Öffentlichkeit als

Stützen der Papen und Bracht

Demokraten. Der Antrag der Kommunisten, den Landtag aufzulösen und am 6. November neu wählen zu lassen, wurde von den vereinigten Sozialdemokraten, Nazis und Zentrumsmännern abgelehnt. Nur die paar Staatspartei und Deutschnationale stimmten für die Auflösung.

In der gestrigen Landtags-Sitzung haben die Nationalsozialisten erneut eine äußerst klägliche Kapitulation vor dem Preussischen Landtag vollzogen. In bezug auf die Forderung des Reichsstaatskanzlers von Papen in den Besprechungen des Nazi-Präsidenten Herrl mit dem Reichspräsidenten, daß der auf Grund des kommunizistischen Antrages gefasste Landtagsbeschluss vom 30. 8., nach dem die Beamten nicht verhaftet sind, den auf Grund der Verordnung vom 20. Juli erlassenen Dienstverordnungen nachzukommen, rückgängig gemacht werden müsse, gab der nationalsozialistische Abgeordnete Wintler eine Erklärung der Nazi-Fraktion ab, in der es heißt:

Die Fraktion der Nationalsozialisten hat am 30. August dem kommunizistischen Antrag zugestimmt, da am gleichen Tage auf Anordnung der kommissarischen Preussenregierung sämtlichen Ministerialbeamten im Gegenlag zu den Gepflogenheiten der früheren Regierung und im Gegenlag zu den Rechten der Volkvertretung verboten war, die Räume des Landtages überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berichterstattung der Volkvertretung gegenüber nachzukommen. In den letzten drei Wochen hat die preussische Regierung — wohl unter dem Eindruck dieser Entscheidung — sich bemüht, weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volkvertretung zu vermeiden (höhnliches Gelächter bei den Kommunisten). Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages erklärt, daß sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staatsangehörigen zu einer Verletzung ihrer Verbindlichkeiten aufzufordern. (Lachen bei den Kommunisten.) So wie die Reichskommissare von Papen und Dr. Bracht unter dem Eindruck des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg an diesen Verfassungsverstoß Zweifel nicht bestehen können (erneutes Gelächter bei den Kommunisten) im Rahmen der auch von ihnen beschworenen Verfassung handeln, so halten es die Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangehörigen, auch ihrerseits die Verfassung in preussischer Pflichterfüllung zu beachten. (Anhaltendes lärmendes Gelächter bei den Kommunisten.)

Als dann unter Genosse Kaiser mit Bezug auf das Verhalten des Nazi-Präsidenten Herrl bei der Besprechung mit Hindenburg ein Antrag eingebracht wurde, zu sprechen beginnt und mit einer Geißel nach dem Präsidenten sagt: „Der Bracht — Herrl“ lachen sofort die Nazis mit „Haus“-Rufen an zu toben. Darauf wurde Genosse

Kaiser vom Nazi-Präsident sofort für die Sitzung ausgeschlossen, obwohl das Wort „Bracht-Herrl“ bei allen übrigen bürgerlichen Parteien nichts als lärmende Forderung ausgelöst hatte. (Später nahm Herrl den Ausschluss des Genossen Kaiser wieder zurück.)

Für den Genossen Kaiser brachte Genosse Piel einen kommunizistischen Antrag auf Auflösung des Landtages ein. Der Antrag lautet:

„Die faschistische Reaktion läßt täglich neue Schläge der Notverordnungs-diktatur auf die werttätigen Massen niederfallen. Die Papen und Bracht handeln dabei im Auftrage der Schwerindustrie und Junker. Die Mehrheitsparteien des Landtages sind nicht nur unfähig, die kapitalistische Diktatur zu beseitigen, sondern sie betreiben das Volk. Sie machen nur Scheinopposition und sind in Wahrheit die Stützen der Diktatur. Die Papen und Bracht führen den Staatsstreik vom 20. Juli weiter. Es hagelt Presseverbote, proletarische Demonstrationen werden brutal niedergeschlagen, Arbeiterverhaftungen verboten und revolutionäre Kampferbände unterdrückt. Die angeblich gegen Nazi-Attentate eingesetzten Sondergerichte verurteilen kämpfende Arbeiter zu ungeheuerlichen Zuchthausstrafen. So errichten die Papen und Bracht zur Rettung des bankrotten kapitalistischen Systems eine Form der faschistischen Diktatur.

Der Aufbruch der Nazis mit dem Zentrum um Ministerpräsident und andere Klänge an der Futtertrippe dient der Unterstüßung dieser Diktaturpolitik. Das SPD.-Gesetz nach dem Staatsgerichtshof ist ein lächerliches Theater.

Auf Verfassungsbruch und Diktatur kann man nur mit der revolutionären Massenmacht antworten. Durch Einheitsfrontaktionen wird das Proletariat die Ausbeuter und ihre Paläste schlagen. Dieser Landtag, der bereits vor dem faschistischen Staatsstreik am 20. Juli kapituliert, muß verschwinden.

Im Namen der Millionenkräfte der werttätigen Massen, die mit der Antifaschistischen Aktion marschieren und in Einheitsfront gegen Unterdrückung und Not zum Kampf schreiten,

fordern wir daher die Auflösung des Landtages.

Fort mit der Regierung der faschistischen Diktatur! Schluss mit den sozialdemokratischen Helfern der nationalsozialistischen Schutzgarben des Großkapitals! Kampf für ein rotes Preußen in einem sozialistischen Mitteleuropa! Es lebe die Einheitsfrontaktion gegen Lohn- und Unterstüßungsabbau und Kapitaldiktatur! Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse und des werttätigen Volkes!

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb: Der Landtag beschließt seine Auflösung zum 5. November 1932. Die Neuwahlen finden am Tage der Reichstagswahl, spätestens am 6. November statt.

Der Forderung des Genossen Piel, diesen Antrag sofort auf die Tagesordnung zu setzen und ohne Debatte abzustimmen, wurde nicht entsprochen. Bei der Abstimmung erhoben sich außer den Kommunisten nur die Staatspartei, einige Zentrumsmänner und einige Deutschnationale. Der Antrag war damit abgelehnt.

Auch Rheinische Metallbetriebe im Streit

Düsseldorf, 21. September. Schon am ersten Tage der Lohnabbauankündigungen, die nach Erlass der Papen-Notverordnung erlassen, haben die Belegschaften der betroffenen Betriebe mit Kampf geantwortet. Im Kesselwerk Rheinshagen in Wuppertal-Ronsdorf und im Kaiser Gießereiwerk Wittmann, Hagen, waren die Anschläge am schwarzen Brett kaum erschienen, als schon eine Welle der Erregung durch die Belegschaften ging. Alle waren sich einmütig darüber klar, daß ein weiterer Lohnabbau nicht mehr in Frage kommt.

Die Antwort darauf war einstimmiger Streikbeschluss, und in geschlossenem Zuge marschierten die Arbeiter aus den Fabriktoren zu einem nahegelegenen Versammlungsort, wo ein Vertreter der KPD sofort unter lärmendem Beifall die zu treffenden Kampfmaßnahmen vorschlug. Es wurde eine Einheitsstreikleitung aus 6 KPD-Arbeitern, 6 KPD-Kollegen und 3 Naziarbeitern gewählt.

Auch die Belegschaft des Kesselwerks Rheinshagen in Wuppertal-Ronsdorf sagte sofort nach Erscheinen des Lohnabbauankündigungs am schwarzen Brett den Streikbeschluss, der am 19. September früh in die Tat umgesetzt wurde. Bereits um 5 Uhr morgens fanden

Massenstreikposten vor dem Betrieb. Vergebens drohte die Direktion, jeden zu entlassen, der nicht sofort die Arbeit aufnehme. Auf das Ultimatum der Firma antworteten die Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Belegschaftsversammlung mit der Wahl einer Einheitsfrontstreikleitung aus 20 Kolleginnen und Kollegen. Die Streikabstimmung, die in der gleichen Versammlung erfolgte, ergab den Beschluss mit 245 gegen 10 Stimmen in geschlossener Einheitsfront den Kampf für die Forderungen: Weiterzahlung des alten Lohnes, keine Maßregelungen, Bezahlung der Streiktage, durchzuführen

Bielefelder Bauarbeiter streiken

Die Bielefelder Bauunternehmer, die erst bei dem letzten Tarifabkommen im Frühjahr dieses Jahres die Löhne der Ziegeleier um durchschnittlich 50 Prozent gekürzt hatten, fordern jetzt unter Berufung auf die Papen-Notverordnung bereits einen neuen Lohnabbau. Darauf beschloßen die Ziegeleier am 19. September in den Streik zu treten. Der Kampf wurde geschlossen aufgenommen.

Beuthener Sondergericht fällt Schreckensurteile

Antifaschist Mager zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus verurteilt

Staatsanwalt beantragt für 6 Antifaschisten 29 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre 3 Monate Gefängnis — Entschäft vor allem in den Betrieben Massensturm gegen die Urteile — hinweg mit der Sondergerichtsjustiz!

Beuthen, 22. September. Am Mittwoch fand der Arbeiter Franz Kalanus mit seinen Söhnen Alfred und Josef Kalanus, sowie die Arbeiter Koniegnie, Baudach und Jakob Mager, sämtlich aus Mieschowitz, vor dem Beuthener Sondergericht.

Die Arbeiter waren des Sprengstoffvergehens angeklagt. Die Verteidigung der Arbeiter hatte der Rechtsanwalt Dr. Fischer aus Hindenburg inne, der in seiner Verteidigung an Hand von Feststellungen und Zeugen den Nachweis führte, daß gegen eine Reihe der Arbeiter die Anklage haltlos ist.

Der Staatsanwalt beantragte für die sechs Arbeiter insgesamt 29 Jahre Zuchthaus, 3 Jahre und 3 Monate Gefängnis.

Nach Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Jakob Mager 5 Jahre 1 Monat Zuchthaus, Franz Kalanus 4 Monate Gefängnis, Alfred Kalanus 3 Monate Gefängnis, Josef Kalanus 2 Monate Gefängnis.

Die Arbeiter Koniegnie und Baudach mußten freigesprochen werden.

Dieses erneute Schreckensurteil insbesondere an dem Arbeiter Mager muß in den Betrieben, Stempelstellen und Wohngebieten den verhärteten Protest gegen die Sondergerichtsjustiz auslösen, der seit täglich Arbeiter und Antifaschisten zum Opfer fallen. Hinweg mit der Sondergerichtsjustiz!

Kopffsteuer in Papen-Preußen und Nazi-Oldenburg

Das kommissarisch eingesetzte preussische Staatsministerium hat am 13. September eine Verordnung erlassen, wonach, was die Notverordnung vorseht, die Bürgersteuer für 1932 von allen Gemeinden erhoben wird, die die Steuer für 1931 erhoben haben. Eine gleiche Verordnung hat das oldenburgische Ministerium, dessen sämtliche drei Minister der Hitlerpartei angehören, erlassen. Unter Zuhilfenahme der letzten Papenschen Notverordnung wird auch in Nazi-Oldenburg die Kopffsteuer in den nächsten Monaten erhoben.

Zu dem Lohn- und Sozialabbau Papens kommt die Einziehung der Bürgersteuer. Immer mehr werden die werttätigen Massen von der Papen-Regierung belastet. Die Verordnung des Nazi-Ministeriums in Oldenburg zeigt zugleich deutlich, daß die

Hitlerpartei nach wie vor eine prachtvolle Stütze der Papen-Regierung ist.

Ohne Hitler und Röder kein Papen.

Die Naziminister führen die Notverordnungen Papens durch und holen aus den Arbeitern, Bauern und Mittelständlern das Letzte heraus. Während die Naziführer Röder und Granzow Ministergehälter bekommen, belassen sie die werttätige Bevölkerung mit neuen Steuern, die noch mehr Hunger für die Arbeiter, noch mehr Pfändungen und Schulden für die Kleinbauern, noch mehr Ruin und Zusammenbrüche für die Kleingewerbetreibenden bedeuten.

Arbeiter und Werttätige, die ihr noch der Hitlerpartei angehört oder bisher gefolgt sind: macht Schluss mit dieser kapitalistischen Partei, die Papens Notverordnungen stützt und deren Minister sie auf eurem Buckel durchzuführen.

Ihr gehört in die antifaschistische Front, ihr gehört in die Reihen der Einheitsfrontaktion, die die KPD organisiert, und deren Kampf sich gegen die Kopfsteuer, gegen die Notverordnungen Papens, gegen Hunger und Faschismus richtet.

Aufklärung über die neue Hauszinssteuer-Stundung

Zu Severings letzter Hinterlassenschaft, seinem Hauszinssteuer-Erlass gegen die werttätigen Mieter, erging eine Abänderungsverordnung. „Als Rückkehr zur Hauszinssteuerstundung“ wurde sie ausgerufen, aber von Rückkehr ist darin keine Spur. Im Gegenteil: eine so geeignete Grundlage hat Severings Verordnung der neuen abgeben, daß jetzt noch nachträgliche Verschärfungen eingeführt werden. Keinen Augenblick darf jetzt der Kampf der Mieter nachlassen, sondern muß mit verstärkter Kraft fortgeführt werden.

Zunächst — so heißt es — wird die Stundung der Hauszinssteuer nicht mehr wie bisher auf Grund des „schematischen Existenzminimums von 1200 Mark“ gewährt werden, sondern wird „fürsorgerisch individuell auf den Begriff Hilfsbedürftigkeit abgestellt“. Das sagt genug; es entscheidet also in allen Fällen die Fürsorge durch individuelle Bedürftigkeitsprüfung und der damit verbundenen Schnüffelei und Schlitane über Stundung oder Nichtstundung.

In den wortfargen Sparjamen Sätzen, der für die Mieter äußerst kostspieligen Verordnung heißt es: Steuerstundungen werden nur gewährt 1. wenn Mieter nachweislich eine laufende

Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte; 2. soweit Mietern nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten. Zu deutsch heißt das: nur wer laufend eine auf das erbärmliche Minimum herabgelegte Unterstützung aus der Fürsorge erhält, bekommt Hauszinssteuernachlaß.

Am schlimmsten aber ist jener Punkt, der Steuerstundung vorseht, wenn die Einziehung eines der gesetzlichen Miete entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist. Das gibt den Hauspächtern freie Hand, gegen die werttätigen Mieter gerichtliche Zwangsmaßnahmen, Pfändungen, Zahlungs- und Exzmissionsklagen durchzuführen. So können den in Not geratenen Mietern noch zur Miete Kosten über Kosten aufgeschüttet werden, so kann der Hauspächter mißliebige Mieter auf die Straße jagen.

Die geforderte Glaubhaftmachung, daß der Mieter nicht zahlen kann, ist eine außerordentliche Verschärfung der Verordnung.

Die Steuerstundungsanträge sind in Zukunft nur bei den Fürsorgebehörden zu stellen; die bisherigen Mietbeihilfeanträge gelten ebenfalls als Steuerstundungsantrag. Wegen der Stundungsablehnung kann Einspruch beim Wohlfahrtsamt erhoben werden, lehnt auch dieses ab, so ist noch Beschwerde beim Bezirksausschuß möglich. Auf die Septembermiete finden die oben genannten Bestimmungen in der Regel noch keine Anwendung. Wo die Fürsorgeämter bereits eine Entscheidung für Mietbeihilfe gefällt haben, gilt diese auch für die Hauszinssteuerstundung.

Die „Neuregelung“ bringt also keinerlei Verbesserungen. Darum verstärkter Kampf der Mieter. Die alte Kampfparole bleibt: Erst kommt das Essen, dann die Miete.

Belegschaft von 400 auf 100 Mann abgebaut

Das ist „Ankurbelung der Wirtschaft“!

Hindenburg, 22. September. Die Direktion der Donnerstardt-Hütte hat die Belegschaft der Abteilung Eisenkonstruktion im Laufe der letzten Zeit von 400 auf 100 Mann reduziert. Infolge Auftragsmangel sollen weitere Entlassungen vorgenommen werden. So kurbeln die präfigürigen Unternehmer die Wirtschaft an! Der Arbeitsbeschaffungsschwindel entlarvt sich immer mehr!



...alle Gemüse werden schmackhafter durch **MAGGI** Würze

• Auch beim Nachfüllen erhalten Sie Gutscheine •

40 Görlitzer Nazi-Proleten zerreißen ihre Mitgliedsbücher

So antworten Mitglieder der NSDAP auf die Streikdemagogie der NSDAP. — Die Naziarbeiter werden trotz aller Verdrehungskünste die Aufforderung zum Streikbruch in Niesky nicht vergessen

Görlitz. Vor dem hiesigen „Braunen Haus“ kam es am Donnerstag und Freitag letzter Woche zu einem großen Tumult. Eine Anzahl Naziarbeiter stellten die Führer wegen ihrem Verhalten in dem Streik der Metallarbeiter und in der Streikversammlung der NSDAP am Mittwoch zur Rede. Es kam zu hitzigen Auseinandersetzungen. Die Nazisführer gaben nur ungenügende oder ausweichende Auskunft auf die Fragen der Arbeiter.

Etwa 40 Naziarbeiter nahmen darauf ihr Mitgliedsbuch, zerrissen es vor den Augen ihrer Führer und warfen es diesen zu Füßen. Damit erklärten sie ihren Austritt aus der Hitlerpartei. Sie haben die NSDAP, samt ihrer Betriebszellenorganisation durchschaut; sie haben der Partei, die Papen zur Macht verholfen hat und um ihren schwachen Anhang unter der Arbeiterschaft zu erhalten, in Streikdemagogie macht, den Rücken gefehrt.

Am Mittwoch vergangener Woche fand in Görlitz eine Versammlung der NSDAP statt. Die „Schlesische Tageszeitung“ berichtete darüber in den schönsten Farben unter der Überschrift „Für den revolutionären Sozialismus — gegen die Reaktion“. Diese Versammlung ist nicht ganz so schön und schwingvoll verlaufen, wie die Nazi-Journaille glauben machen möchte. Der Saal war nur mäßig besetzt; um über die Pleite hinwegzuhelfen, wurden S.S. und S.A. Leute in Zivil mit einer roten Armbinde und den 3 Pfeilen in den Saal gesetzt. Drei Redner wurden aufgeföhrt, alles „Metallarbeiter“, aber nebenbei auch WdR- und WdL-Nazibonzen. Der Streik der Metallarbeiter wurde von ihnen kaum gestreift. Das ergreute unter den Anwesenden eine große Unruhe. Es hagelte nur so Zwischenrufe.

Nach der Pause sprach ein Kollege der NSDAP von Niesky. Er brandmarkte das Verhalten der NSDAP bei diesem Streik.

Er zeigte den versammelten Nazi-Proleten schwarz auf weiß ein Flugblatt, herausgegeben von der Leitung der NSDAP. In diesem Flugblatt wurden die Nieskyer Metallarbeiter zum Streikbruch aufgefordert.

Unter stärkstem Protest folgten die Nazi-Proleten dieser Aufforderung ihrer Führer, um am Tage darauf nach lebhaften Diskussionen mit den NSDAP-Kollegen den Streik erneut aufzunehmen. Diese Mit-

teilungen wurden mit größter Erregung von den Anwesenden aufgenommen. Selbst die Nazi-Journaille mußte zugeben, daß der NSDAP-Kollege „sachlich sprach“.

Die Vorgänge in Niesky waren ein kleiner Geschichtsunterricht für die Arbeiterschaft. Die Naziarbeiter hatten Gelegenheit, das Spiel, das mit ihnen in der NSDAP getrieben wird, zu durchschauen. Etwa 40 ehrliche Arbeiter haben den Nazisbonzen die Mitgliedsbücher vor die Füße geworfen. Das ist die einzig richtige Antwort gegenüber den Streikbruchorganisatoren und Lafaien des Trustkapitals der NSDAP. Wir begrüßen diesen Schritt. Aber wir sagen den ehemaligen Nazimitgliedern:

Der Austritt allein genügt nicht! Ihr müßt euch einreihen in die NSDAP, um durch die geschlossene Streikfront, um durch die Einheitsfrontaktion aller Hungernden den Lohnraub abzuwehren und den Kampf um Brot und Freiheit, um den Sozialismus siegreich zu Ende zu führen!

Öffentliche Versammlung in Sagan

am Freitag, dem 23. September, 20 Uhr, im Schillergarten. Jeder Betriebsarbeiter und Erwerbslose erscheint. Es gilt, gegen Lohn- und Unterdrückungsraub Stellung zu nehmen. Die Erwerbslosen sollen die niedrigeren Sätze von Sprottau erhalten. Das darf nicht sein!

Die Kindesmißhandlung in Waldenburg vor Gericht

Schulz zu vier Jahren Gefängnis verurteilt

Waldenburg. Am Dienstag fand die mit großer Spannung der Waldenburger Bevölkerung erwartete Hauptverhandlung vor dem Sondergericht gegen Richard Schulz, der sich seit dem 15. September in Schutzhaft befindet, statt.

Schon lange vor Beginn der Verhandlung sammelten sich große Menschenmengen vor und in dem Gerichtsgebäude an, so daß die Polizei absperrern mußte. Der Gerichtssaal selbst wies eine Fülle, wie wohl selten zuvor, auf. Auf einem Tisch lagen ausgebreitet Kleidungsstücke und die Werkzeuge, mit denen Schulz seinen elfjährigen Jungen Werner brutal züchtigte, nämlich: ein zerstückelter Ausklopper, ein zerbrochener Stock und zwei Riemen.

Die Verhandlung leitete Landgerichts-Direktor Dr. Wollmann, Schweißnäh.

Schulz gab zu, den Knaben gezüchtigt zu haben, bestritt aber, daß die Wunden seines Sohnes von der Züchtigung herrühren. Werner soll sich durch mehrmaliges Fallen die starken Verletzungen zugezogen haben. Sch. bestritt die Verletzungen als unglückliche Kombination zwischen Unfall und Prügel. Er will für den Kleinen alles getan haben, was in seinen Kräften stand und nur das Lügen soll Anlaß zu den weit über das Maß des Erlaubten gehenden Züchtigungen gewesen sein. Sch. führt das alles zurück auf die angeblichen Verleumdungen seiner früheren Frau und deren Verwandten, den Kleinen Werner zu sich hinüberzuziehen.

Die Zeugen konnten Wesentliches zur Belastung nicht aussagen, da sie selbst nicht gesehen haben, wie Schulz das Kind traktierte.

Friedhofshilfe trat im Gerichtssaal ein, als das mißhandelte Kind dem Gericht vorgeführt wurde. Alles, manchem Menschen in dieser Angelegenheit Unglaubliche, bestätigte der Kleine Werner. „Vater schlug, wo er hinterhat.“ Er kannte den zerstückelten Ausklopper, den zerbrochenen Stock und die Riemen, mit denen er „manchmal“ geschlagen worden ist. Werner schrie während der Züchtigungen nicht, „weil es Vater nicht wollte“. Manches Auge der Zuhörer wurde feucht, als der Kleine entblößt wurde, und Wunden und Striemen an dem schwachen Körper sichtbar waren. Empörung erfaßte wohl jeden gegen einen Menschen, der ein schwaches Kind derart züchtigen konnte. Deutlich sichtbar war auf dem rechten Handrücken eine Geschwulst, die vielleicht die Hand für immer verstellen wird. Werner sagte den Richtern, daß ihn der „Vater in den Bauch getreten“ habe, was auch im Krankenhaus festgestellt worden war.

Die Vernehmung des Kleinen Werner fand in Abwesenheit des Angeklagten statt.

Das Urteil der Sachverständigen war vernichtend für Schulz. Sie stellten fest: Stark geschwollenes Gesicht, Blutergrüße in den Schulerblättern, Blutergrüße und blaugrüne Flächen am Rücken, zahlreiche Schorfe und blutunterlaufene Stellen, Spuren von breiten Gegenständen und die rechte Elle war angebrochen.

Der Staatsanwalt beantragte wegen schwerer Körperverletzung nach Paragraph 221 des Strafgesetzbuches gegen den Angeklagten vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Noch einmal versuchte Schulz mit allen Mitteln in der Verteidigungsrede, für seine Taten ein mildes Urteil vom Gericht zu erreichen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu vier Jahren Gefängnis, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß er sonst für das Kind sorgte.

Eine Frage ging durch alle vor dem Gericht in später Nachmittagsstunde noch versammelten Menschen: „Was ist mit dem verurteilten Kinde geworden?“ Darauf weiß vorläufig niemand eine Antwort zu geben. Es wird erwartet, daß auch in diesem Falle eine Klärung in allernächster Zeit geschaffen wird.

Dieses Urteil dürfte abschreckend wirken gegen solche Eltern und Pädagogen (Karl Altwasser, weltliche Schule, mit dem sich die „A.Z.“ Ende August beschäftigte), die in unverantwortlicher Weise Kinder wegen kleinsten Vergehen in schwerster Form züchtigen. Wie wir als Kommunisten zur Prügelstrafe stehen, ist schon oft genug in der „Arbeiter-Zeitung“ aufgezeigt worden.

Unsere Forderung ist: Weg mit der Prügelstrafe!

Die bürgerliche Presse versucht erneut, Schulz irgendwie in Zusammenhang mit der KPD zu bringen. Wir haben an dieser Stelle schon mehr als einmal erklärt, daß Schulz schon vor Jahren aus der KPD ausgeschlossen wurde. Der Zweck dieser Versuche ist offensichtlich. Man will vor der KPD gruselig machen. Jedes noch so schmutzige Mittel wird benutzt, um gegen die KPD zu hetzen. Mit solchen Mitteln ist jedoch heute der Vormarsch der KPD nicht mehr aufzuhalten!

Auch in Dittersbach

Einheitsfront von der SPD bis zu den Nazi

für Zwangsmaßnahmen gegen die Neubaumieter und für Durchführung der Papen-Notverordnung

Die Gemeindevertretersitzung vom 16. d. M. bewies aufs neue die niederträchtige verräterische Rolle der SPD. Köhler kündigte die schärfsten Zwangsmaßnahmen gegen die streikenden Neubaumieter an. Er will nicht davor zurückschrecken, die Mieter heraussetzen zu lassen.

Die kommunistische Fraktion brandmarkte diese schändliche Handlung und beantragte, daß keinerlei Zwangsmaßnahmen gegen die Mieter ergriffen werden, die Forderungen auf Mietensenkung als berechtigt anzuerkennen und gemeinsam mit den Mietervertretern mit allen Kräften auf die Erfüllung der berechtigten Forderungen hinzuwirken. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der gesamten Arbeiter- und Mieterfeinde von SPD bis Nazis abgelehnt. Lediglich der Teil des Antrages wurde angenommen, der die Forderungen als berechtigt und die Notlage anerkennt. Diese schändliche Haltung der SPD bis zu den Nazi-Gemeindevertretern sollen sich die Mieter und Werktätigen gut merken. Die Krone der Schändlichkeit setzte aber der Sozialfaschist Köhler auf, indem er mit Zustimmung seiner getreuen Fridoline und gegen den schärfsten Protest der Kommunisten bekannt gab, daß der Landgemeindevorstand, das Parlament der Bürgermeister, von der Papen-Regierung eine neue Notverordnung beantragt habe, wonach das Gesetz über Lohnpändung derart abgeändert werden soll, daß es möglich sein müsse,

die Miete vom Arbeitslohn ohne Pfändungsgrenzen einzuziehen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der KPD, die Notverordnung nicht durchzuführen, die Bürgersteuer nicht mehr zu erheben, die Unterstützungen und die Löhne der Gemeindearbeiter und Angestellten nicht zu kürzen und aus dem kommunalen Arbeitgeberverband auszutreten, wurde wieder in faschistischer Einheitsfront gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Mitgeteilt wurde noch, daß die Regierung den Etat insofern beanstandet habe, als darin einige geringe Posten für Mißhandlung (200 Mark) für die Jugendherberge usw. gestrichen werden sollen. Während beschlossen wurde, gegen einige dieser Beanstandungen Protest einzulegen, lehnte man wiederum in faschistischer Einheitsfront den kommunistischen Antrag ab, die Jugendherbergen weiter beizubehalten. Genosse Becker brandmarkte die Maßnahme auf das schärfste und wies auf die Millionen Ausgaben für faschistische „Jugendertüchtigung“ hin, währenddem die Herberge für die wandernde Jugend geschlossen werden soll. Köhler erwähnte dabei, daß diese Herberge ja doch nicht

Jetzt — schmiedet die rote Einheitsfront!

Weißstein. In der am Montag stattgefundenen öffentlichen Versammlung referierte Genosse Becker und fand den Beifall aller Anwesenden, als er zum Schluß erklärte: „Für uns heißt es jetzt, alles zusammenzuführen, um die rote Einheitsfront aller Arbeiter herzustellen und zu erkämpfen ein sozialistisches Deutschland.“

Genosse S. unterstützte die politischen Ausführungen des Referenten und wies nach, daß die freien Gewerkschaften durch ihre Politik des Wirtschaftsfriedens den Kampfgeist der Arbeiter zernichten. Adreß vom 22.9. erklärte auf der 22.9.9. Schule in Bernau, daß, wenn sich die Arbeiter die erste Notverordnung lassen, sie dümmere sind, als wir sie gebrauchen können. Unterdessen haben die Arbeiter alle Notverordnungen schlucken müssen. Die Führer haben aber die Arbeiterschaft vom Kampf zurückgehalten und den Notverordnungen zugestimmt. Die Betriebsarbeiter müssen jetzt wachsam sein und rufen und verhindern, daß sie bei voller Arbeit nicht verhungern. Im Falle eines imperialistischen Krieges dürfen die Arbeiter ihre Anarren nicht gegen ihre „feindlichen“ Arbeitsbrüder richten.

Genosse M. sprach über die Angelegenheit Hertwig. S. tag mit seinem Parlament, daselbe wie Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit: er führte die Massenbelastungen ebenso durch.

Im Schlußwort forderte Genosse Becker die Anwesenden auf, den roten Massenentscheid zu fassen und in der Antifaschistischen Aktion mitzukämpfen für die Befreiung des Proletariats.

Die Versammlung wurde mit dem Kampfgruß „Rot Front“ und einem revolutionären Lied geschlossen. Über 50 Broschüren wurden in der Versammlung umgesetzt.

Der wackelnde Amtsvorsteherstuhl des Herrn Hertwig

Weißstein. Da der Amtsvorsteherstuhl des Herrn Hertwig zu wackeln beginnt, wird mit allen Mitteln versucht, ihn wieder zu befestigen. In der „Bergwacht“ vom 15. September war zu lesen, daß drei Mietervereine von Weißstein dem Amtsvorsteher Hertwig das Vertrauen aussprechen. Während die „Bergwacht“ schon einige Stunden in den Händen der Absonnerer war, ließen noch Funktionäre des Mietervereins durch Weißstein, um Unterschriften zu sammeln für ein Schreiben an den Vorsitzenden des Kreisamtschusses, das vom Vorsitzenden und Schriftführer der drei Mietervereine unterzeichnet war. Die „Bergwacht“ schreibt aber von dem Vertrauen der Mietervereine. Wir sind der Auffassung, daß Vorsitzender und Schriftführer nicht der Verein sind.

Das Schreiben, für das die Unterschriften noch abends 18 Uhr gesammelt wurden, hatte folgenden Wortlaut:

An den Herrn Vorsitzenden des Kreisamtschusses in Waldenburg i. Schles.

Die unterzeichneten Ortsvorstände der Mietervereine haben Kenntnis erhalten, daß die vorläufige Amtsenthebung des Amts- und Gemeindevorsteher Hertwig seitens der Aufsichtsbehörde geplant ist. Wir bitten dringend darum, hiervon Abstand zu nehmen, da Herr Hertwig sich in seinem Hauptamt nichts zuschulden kommen ließ und immer in objektiver Art seine Geschäfte zum Wohle der Gesamtgemeinde und der Mieterchaft führte. Ein Wechsel in der jetzigen schwierigen Zeit in der Gemeinde vorzunehmen, würde unseres Erachtens schweren Schaden für die Gemeinde und auch für uns bringen. Wir haben nach wie vor zu Herrn Amts- und Gemeindevorsteher Hertwig Vertrauen.

Gleichlautendes Schreiben ist an den Herrn Regierungspräsidenten abgeandt worden.

Die Mitglieder der Vereine haben zum großen Teil eine ganz andere Meinung über die Stellung Hertwigs zu den Mietern. Erst in der letzten Gemeindevertretersitzung brachte er schärfste Maßnahmen gegen die Neubaumieter im Falle eines Streiks an. Er ist bei anderen Gelegenheiten in Mieterfragen selbst von seinen eigenen Parteigenossen scharf kritisiert worden. Wir haben abolut keine Befähigung, Hertwig irgendwie zu verteidigen. Er bewies in der Vergangenheit, daß er im Gemeindeparlament mit allen Mitteln die kapitalistische Gesellschaft zum Schaden der Werktätigen verteidigte. Die Weißsteiner Bevölkerung, die Bergarbeiter sind gegen Hertwig, sie kämpfen in Antifaschistischer Aktion für die Selbstverwaltung der Gemeinde, die im sozialistischen Deutschland gesichert sein wird.

für Dittersbacher Jugendliche in Frage käme. Das ist die „dallers-befreiende Sozialdemokratie“. Das sind die Nazis! Nichts anderes als getreue Büttel der Papen-Regierung und des Trustkapitals. Das hat gerade diese Sitzung deutlich bewiesen.

Sinweg mit einem solchen Kopfschütteln und Büttel-Parlament! Schafft rote Arbeiterparlamente in allen Bezirken, besetzt von kampfgewillten Arbeitern und Werktätigen zum Zweck des außerparlamentarischen Kampfes um Arbeit, Brot und Freiheit!

Zu einer unmittelbar nach der Sitzung stattgefundenen großen öffentlichen Versammlung, in der Genosse Becker sprach, wurde mit großer Entrüstung gegen die Beschlüsse der Gemeindevertretung protestiert und gelobt, mit größter Aktivität den Kampf gegen alle Arbeiterfeinde zu organisieren und zu führen.

Strauchritterburg Tannhausen

Wüßtegersdorf. Vor einiger Zeit stand in einer der Waldenburger Zeitungen folgende Notiz: „Gebt und spendet! 25 hungrige Mägen warten auf euch. Gebt Geld und Naturalien. Annahmesturm 2/46, Strauchritterburg Tannhausen!“ Daß sie mit letztgenanntem Satz recht hatten, zeigt folgender Vorfall: Am Mittwoch kamen drei Genossen von Waldenburg über Charlottenbrunn gefahren. Vor dem Dorf empfing sie ein SA-Mann. Weil selbiger eifrig Notizen machte, blieben unsere Genossen die Antwort nicht schuldig. Darauf fuhr der Deutschlandenerwecker in schnellem Tempo zur obengenannten Burg. Auf sein Pfeifensignal kamen sofort drei dieser Systemernten und fuhren den Genossen nach. Weil sie aber zu feige waren drei anzugreifen, fuhren sie einem einzelnen Radfahrer ins Rad. Der Angefahrene sagte diesen traurigen Seldes Bescheid. Inzwischen kamen unsere Genossen hinzu. Der SA-Mann Drecher aus Oberwüßtegersdorf erkannte einen unserer Genossen und überredete seine Kumpanen, sofort umzudrehen.

Durch diesen Vorfall zeigt sich der wahre Zweck dieser Burg. Die Strauchritter liegen sie auf der Lauer, um wehrlose Proleten zu überfallen. Auf der anderen Seite aber sei es für die Einwohner von Wüßtegersdorf ein Fanal zur schleunigen Mobilisierung des roten Massenentschusses. Fordert die Schließung der Naziskafarne!

Gebt auf die Sammelisten der IAH!

Stärkt die Kampfkraft der Streikenden in gemeinsamer Aktion mit der IAH.



25 eigene Verkaufsstellen!

Versand in Breslau frei Haus (Barzahlung), auswärts gegen Nachnahme oder Vorauszahlung ohne jeden Skonto ab Breslau — Verpackung, zum Selbstkostenpreis, wird nicht zurückgenommen — Flaschenpfand Vollvergütung

Wir sind stolz darauf unseren Kunden die besten Branntwein- u. Getreidekornmarken in Breslau verkaufen zu können!

1. Weil wir den Getreidefeinsprit von dem neubauten Werk der D. K. V. (Deutschen Kornbranntwein-Verwertungsstelle) in Münster-Lüdinghausen beziehen. Die technische Vollkommenheit dieses neubauten Reinigungswerkes steht in Deutschland einzig da (im wahrsten Sinne des Wortes ein Veredelungswerk).
2. Zum Getreidemutterkornverkauf hat die D. K. V. nur drei leistungsfähige Dickmaisch-Kornbrennereien in Deutschland zugelassen und zwar zwei in Nordhausen und eine in Celle. Durch monatelanges Probieren haben wir die eine Dickmaisch-Kornbrennerei in Nordhausen bevorzugt, welche nach unseren Feststellungen die feinsten, reinsten und hochwertigsten Qualitäten liefert. Da wir das größte Unternehmen Ostdeutschlands unserer Art sind, haben wir von dieser Dickmaisch-Kornbrennerei das alleinige Bezugsrecht für Breslau erhalten, wodurch wir in der Lage sind, die feinsten, reinsten und hochwertigsten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau herzustellen.

| Fache-Branntwein-Marken: | | Fache-Getreidekorn-Marken: | |
|--------------------------|---|----------------------------|---|
| Feiner Breslauer | vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 25% Ltr. = Fl. 1.40 | Fache Weizenkorn | der berühmte alte Breslauer Korn, unser Stolz . . . 37% Ltr. = Fl. 2.20 |
| Feiner alter Breslauer | der altberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr. = Fl. 1.50 | Fache Roggenkorn | die Elite-Qualität . . . 37% Ltr. = Fl. 2.20 |
| Fache Edelmarke | mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 29% Ltr. = Fl. 1.70 | Fache Getreidekorn | unsere Standardmarke, etwas ganz Auserlesen . . 37% Ltr. = Fl. 2.60 |
| Fache Krem | rossig, gehaltvoll durch Weizenkorn 37% Ltr. = Fl. 1.90 | Jagdkorn | (Doppelkorn), vollaromatisch, rossig, ebenbürtig den führenden Marken d. Kontinents, 42%, 0.8 Ltr. in Original-Steinkrügen 2.50 |
| Fache Exquisit | pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 38% Ltr. = Fl. 2.30 | | |

Die Drachensaat

Vor dem Gerichtsgebäude in Moabit stauen sich Tausende von Arbeitern und Werkstätten. Immer wieder werden sie durch die Polizeiknüppel vertrieben, aber nach wenigen Minuten schon ist die Straße wieder schwarz von Menschen. Es ist nicht nur der Protest gegen diesen einen Sondergerichtsprozess, in dem fünf junge Antifaschisten mit dem Todesurteil bedroht sind, was diese Menschen auf die Straße getrieben hat. Die lang aufgelaute Empörung über die Sondergerichte bricht sich elementar Bahn in diesen Demonstrationen, deren Wucht selbst von der bürgerlichen Presse nicht mehr totgeschwiegen werden kann.

Die Augen aller Arbeiter Deutschlands sind in diesen Tagen nach dem kleinen Verhandlungsaal in Moabit gerichtet, wo die antifaschistischen Arbeiter um ihr Leben und ihre Freiheit vor dem Sondertribunal kämpfen. Jeder Arbeiter, ganz gleich in welcher Partei er sich heute noch befindet, fühlt, daß es seine Angelegenheit ist, die vor diesem Sondergericht verhandelt wird. Jeder Arbeiter fühlt, daß diese Arbeiter angeklagt sind als Kämpfer gegen den Kapitalismus und Faschismus.

Erst einen Monat sind die Sondergerichte jetzt in Tätigkeit; aber wie viele hundert Jahre Zuchthaus und Gefängnis haben die Sonderrichter über antifaschistische Arbeiter schon verhängt! Hier ist das Resultat ihrer Tätigkeit (zusammengestellt nach einer Statistik der Roten Hilfe):

Vom 17. August bis 13. September standen 671 antifaschistische Arbeiter, unter ihnen 162 Reichsbannerkameraden vor den Schranken der Sondergerichte. Sie wurden verurteilt insgesamt zu

- 180 Jahren und 5 Monaten Zuchthaus,
- 297 Jahren, 4 Monaten und 1 Woche Gefängnis.

Unter den Verurteilten befinden sich 20 Arbeiterfrauen, die insgesamt 2 Jahre 2 Monate Zuchthaus und 10 Jahre 3 Monate Gefängnis erhielten!

Im gleichen Zeitraum verurteilten die Sondergerichte 151 Nazis zu 7 Jahren 8 Monaten Zuchthaus und zu 62 Jahren 6 Monaten und 3 Wochen Gefängnis. Dazu kommen noch die fünf diebstahligen Nazimörder von Potempa, die zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurden.

Als die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD, die Sondergerichtsnotverordnung des Kandidaten der „Eisernen Front“, Herrn von Hindenburg, kritisierte, wurde sie wegen „Aufreizung“ auf 8 Tage verboten. Aber kann man sich etwas Aufreizenderes vorstellen, als diese nackten Zahlen über die Tätigkeit der deutschen Sondergerichte? Gibt es etwas Erschütternderes als die Verurteilung von 20 Arbeiterfrauen zu langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen?

671 Arbeiter, aber nur 186 Nazis vor den Schranken der Sondergerichte! Diese beiden Zahlen charakterisieren am kräftesten

das wahre Gesicht der deutschen Sondertribunale. Die Hauptrolle der Nazis vor diesen Gerichten spielt sich nicht in der Anklage, sondern in der Zeugenbank ab. Es gibt kaum einen Prozess gegen antifaschistische Arbeiter, in dem nicht Nazis als Belastungszeugen auftreten. Ja, ein Berliner Staatsanwalt erklärte in dem Sondergerichtsprozess, in dem der Arbeiter Berger zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, daß es die „Hebung“ der Berliner Sondergerichte sei, den nationalsozialistischen Zeugen Glauben zu schenken!

Wie es mit der Glaubwürdigkeit der Nazizeugen bestellt ist, zeigt der Brief eines SA-Mannes an die „Rote Fahne“. Dieser SA-Mann hat geholfen, durch sein falsches Zeugnis vor Gericht, den Jungarbeiter Schmidke auf 10 Jahre hinter Zuchthausmauern zu bringen. Jetzt schlägt ihm sein Gewissen, und er gibt seinen Meineid zu. Man kann ruhig behaupten, daß es um den größten Teil der Nazizeugenaussagen vor den Sondergerichten nicht anders steht, als mit diesem Meineid im Fall gegen den Jungarbeiter Schmidke.

Die Nazis betätigen sich als Helfershelfer für die Sondergerichtsjustiz. So wie die Naziminister in den einzelnen Ländern die Durchführung der Papenschen Notverordnungen unterstützen und dadurch Papen die besten Dienste erweisen, so helfen die Nazis der Papen-Regierung vor den Sondergerichten bei der Durchführung des verschärften Unterdrückungssturzes gegen die Arbeiterklasse. Sie sind und bleiben Papen-Nazis!

Erinnert ihr euch noch, weshalb die Papen-Regierung die Sondergerichte — angeblich — einrichtete? Das war 10 Tage nach den letzten Reichstagswahlen. In diesen 10 Tagen haulte die braune Mordpest in allen Teilen Deutschlands. In Königsberg, in Oberschlesien, in Rheinland-Westfalen, in Schleswig-Holstein, überall fielen zahlreiche Arbeiter unter den Revolvern und Dolchen der Mordbanditen Hitlers. Angeblich gegen diese Terrorakte sollten sich die Sondergerichte wenden. Was daraus geworden ist, sieht heute jeder Arbeiter.

Die kommunistische Partei rief vom ersten Tage an zum härtesten Kampf gegen die Sondergerichtsjustiz auf. Aber die SPD beruhigte die Massen mit dem Hinweis, die Sondergerichte seien gegen die Nazis gerichtet. Ja, die Breslauer „Wolfsnacht“ begrüßte am 11. August die Einsetzung der Sondergerichte:

„Endlich, nach langem Zögern, das in keiner Weise zu verantworten war, hat die Reichsregierung Papens sich zu energischen Maßnahmen aufgerafft, um die unter ihrem Regime eingerissenen schrecklichen Zustände zu bekämpfen.“

Jetzt aber schreibt Paul Löbe in seinem offenen Brief an Papen:

„Mit Sondergerichten und Urteilen, die den Haß verzehnfachen . . . kann man arme Opfer pöbeln, aber die Urheber nicht belangen. Ich kann die haarsträubenden Urteile, die sich zu Bergen türmen, nicht alle aufzählen. . . Es ist

eine Drachensaat, die Sie austreuen. Wehe, wenn Sie aufgeht!“

Hat die SPD, in der Zwischenzeit umgelernt? Ach nein! Aber nach vier Wochen Sonderjustiz kann man den sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern nicht mehr einreden, daß diese Sondergerichte gegen die Nazis gerichtet sind. Denn 162 Reichsbannerarbeiter wurden von den Sondergerichten verurteilt, die Hindenburg einlegte, der Mann, den SPD und Reichsbanner vor wenigen Monaten erst auf den Prüfsteinstuhl gehoben haben. Herr Löbe wendet sich nicht gegen die Urheber der Sondergerichte, er heuchelt Mitleid nur mit den „armen Opfern“. Er tut es, um die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter vom Kampf gegen die Urheber der Sondergerichte abzuhalten.

Die SPD-Führer fürchten das Aufgehen der Drachensaat, die ihr Kandidat Hindenburg ausgefüttert hat. „Drachensaat“, das ist für die SPD-Führer die Radikalisierung ihrer Anhänger, das ist die kämpfende antifaschistische Front, das ist die Einheitsfrontaktion der Massen gegen Lohnabbau und faschistischen Terror. Aber das Gemurmel des Herrn Löbe kommt zu spät. Die Demonstrationen gegen die Sondergerichte, die Streiks gegen Lohnabbau, die Aktionen der Erwerbslosen — sie alle beweisen, daß die „Drachensaat“ bereits aufzugehen beginnt!

Den sozialdemokratischen, Reichsbanner- und freigewerkschaftlichen Arbeitern, die gegen die Sondertribunale Papens und Hindenburgs kämpfen wollen und müssen, reichen wir die Hand zum gemeinsamen Kampf. Erhebt in allen Betrieben und Stempelstellen, in allen Versammlungen der Gewerkschaften und anderer proletarischer Organisationsformen euren Protestschrei gegen die Sonderjustiz! Unterstützt die Rote Hilfe in ihrem Kampf!

Fort mit den Sondergerichten! Aufhebung aller Urteile gegen Antifaschisten! Heraus mit allen proletarisch-politischen Gefangenen!

Wie lebt der Arbeiter in der Sowjet-Union
Lest alle den II. Band von Hermann Demmele
Karlsruher Preis 285=

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Sternstr. 5/9

F. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt billigst
Paul Peterzelt, Scheitniger Straße 23

Görlitz
Möbel Ernst Boden
Görlitz, Peterstr. 10

M. & F. Weißhaar
Damenhüte
Görlitz, Landskronstraße

Liegnitz
Kaufhaus Guttfeld
Liegnitz, Ring 20/21
Seit 1879 gut und billig

Bei Drucksachen-Bedarf
rufen Sie bitte Nr. 46455
an / FORTSCHRITT AG
Druckereifirma Breslau

Die grosse „Prager“ Woche ist wieder da!

Prager bringt besonders dafür bereitgestellte Riesenmengen **Ulster-Paletots, Ulster- und Paletots** Strassen-Anzüge, Smoking-Anzüge, Loden-Mäntel, Joppen u. Hosen **eigener Anfertigung**, jedes Stück seinem Wert entsprechend eine Meisterleistung an Stoff, Zutaten und sorgfältigster Verarbeitung **zu sensationell durchschlagenden Ausnahme-Preisen**, wie Breslau und Umgebung noch nicht gesehen hat.

Kommen, Sehen, Staunen, denn alle Prager-Fenster zeigen Ausnahme-Preise! Das ganze Haus steht im Zeichen der preisverbilligenden „Prager“-Woche! Wie immer bei Prager: **Alles für die Güte der Ware! Nichts für warenwertenernde Aufmachung.**

L. Prager
Breslau Albrechtstr. 51 Eingang nur Ecke Schuhbrücke!



Seit 72 Jahren